

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Thilo Kleibauer (CDU) vom 09.03.22

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Projekte in der Finanzbehörde**

**Einleitung für die Fragen:**

*Mit der Einsetzung von Projekten kann die Verwaltung auf neue Herausforderungen und Themen reagieren. Zudem hat die Bürgerschaft in ihrem Haushaltsbeschluss den Senat ermächtigt, für Projekte zusätzliche Planstellen befristet zu schaffen, um relativ kurzfristig neben dem Tagesgeschäft eine Projektorganisation aufbauen zu können. In der Finanzbehörde und den von ihr verantworteten Landesbetrieben sind zahlreiche Projekte eingesetzt.*

*Ich frage den Senat:*

**Einleitung für die Antworten:**

Ein Projekt ist ein zeitlich begrenztes Vorhaben, dessen Vorteil sich unter anderem darin auszeichnet, dass eine klar definierte Zielvorgabe in einen zeitlich begrenzten Rahmen gesetzt wird, um eine zügige und effiziente Umsetzung eines Vorhabens zu gewährleisten. Diese zumeist aus dem Fachwissen verschiedener Organisationseinheiten eingesetzten Projekte in der Finanzbehörde und ihrer Landesbetriebe sollen wichtige Vorhaben für die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) umsetzen.

Die Projekte werden durch den Auftraggeber eingesetzt. Dies ist jeweils die Behördenleitung beziehungsweise die zuständige Amtsleitung beziehungsweise die Geschäftsführung eines Landesbetriebs, somit die oberste Führungsebene. Bei IT-Projekten erfolgt die Einsetzung durch die Lenkungsgruppe. Für die bis einschließlich 08/2019 eingesetzten Projekte wird ergänzend auf die Drs. 21/18106 verwiesen.

Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind für jedes Projekt zu dokumentieren und gehören zu den projektbegründenden Unterlagen gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 7 LHO. Eine Qualitätssicherung erfolgt im Zuge der Projektzertifizierung durch das Projekt-Management-Office der Finanzbehörde. Mit Einsetzung des Projektes erkennt die Lenkungsgruppe/das Steuerungsgremium die jeweilige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung an und gibt das Projektbudget frei.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

**Frage 1:** *Welche einzelnen Projekte sind derzeit in der Finanzbehörde sowie in den zugehörigen Landesbetrieben eingesetzt?*

**Frage 2:** *Wann wurden die jeweiligen Projekte jeweils durch wen für welchen Zeitraum eingesetzt?*

**Frage 3:** *Was sind jeweils die wesentlichen Ziele der einzelnen Projekte?*

**Frage 4:** *Wie ist derzeit jeweils der aktuelle Projektstatus? In welcher Projektphase befinden sich die einzelnen Projekte derzeit?*

**Frage 5:** *Wie wurde jeweils die Wirtschaftlichkeit der Projekteinsatzung ermittelt und überprüft?*

**Frage 6:** *Wie sind jeweils das Budget sowie die Mitarbeiterausstattung für die einzelnen Projekte? Aus welchen Ansätzen werden die Projekte jeweils finanziert?*

**Frage 7:** *In welcher Höhe fallen voraussichtlich im laufenden Jahr Personal- und Sachkosten für die einzelnen Projekte an?*

**Antwort zu Fragen 1 bis 7:**

Siehe Vorbemerkung und Anlage 1.

**Frage 8:** *Für welche Projekte wurden auf Basis von Artikel 9 Nummer 7 beziehungsweise Nummer 8 (seit Haushaltsjahr 2021) jeweils Planstellen mit welcher Wertigkeit geschaffen?*

**Frage 9:** *Wie viele Stellen davon sind derzeit besetzt? Bei welchen Stellen laufen derzeit Besetzungsverfahren?*

**Frage 10:** *Sind derzeit noch Stellen besetzt, die für Projekte geschaffen wurden, die bereits länger als 24 Monate beendet sind?*

*Wenn ja, warum und in welchen Fällen?*

**Antwort zu Fragen 8, 9 und 10:**

Im Landesbetrieb für Immobilienmanagement und Grundvermögen ist eine Stelle des ehemaligen Projekts Einrichtung Sondervermögen Hochschulbau (HSB) aus personalwirtschaftlichen Gründen besetzt.

Im Übrigen siehe Anlage 2.

**Frage 11:** *Bei welchen derzeit eingesetzten Projekten wurde die ursprünglich geplante Projektlaufzeit aus jeweils welchen Gründen wann genau bis zu welchem Datum verlängert?*

**Frage 12:** *Bei welchen Projekten wurde das ursprüngliche Budget aus jeweils welchen Gründen um welchen Betrag erhöht?*

**Antwort zu Fragen 11 und 12:**

Siehe Anlage 3.

**Frage 13:** *Welche Projekte der Finanzbehörde und der zugehörigen Landesbetriebe sind seit September 2019 mit welchen Ergebnissen abgeschlossen worden?*

**Antwort zu Frage 13:**

In 11/2019 wurde das Projekt OPER – Optimierung der Personalbedarfsberechnung in der Steuerverwaltung – abgeschlossen. In dem Projekt wurde der Prozess der zentral erfolgenden Personalbedarfsberechnung für die Steuerverwaltung kritisch betrachtet. Teil dieser prozessualen Betrachtung war die Kommunikation der Berechnungsergebnisse mit den 14 Leitungen der Hamburger Finanzämter. Im Ergebnis führte das Projekt zu einem verbesserten internen Abstimmungs- und Kommunikationsprozess. Die Akzeptanz der Berechnungsergebnisse konnte erhöht werden. Die Ergebnisse aus dem Projekt werden bei der Personalbedarfsberechnung seit 01/2020 umgesetzt.

In 12/2019 wurde das Projekt Digitale Finanzbehörde abgeschlossen. Die in der Drs. 21/18106 angeführten Ziele wurden erreicht.

In 06/2020 wurde das in der Finanzbehörde angesiedelte Projekt Aktenscan eingestellt. Die bis dahin erreichte Anzahl an gescannten Akten entsprach nicht dem erwarteten Projektfortschritt. Die Erreichung der Projektziele (vergleiche Drs. 21/18106) wurde als nicht hinreichend wahrscheinlich gewertet.

In 10/2020 wurde das Projekt zum Rückkauf der Fernwärmegesellschaft erfolgreich beendet. Ziel des Projektes war die Umsetzung des Volksentscheides zum Erwerb der Wärme Hamburg GmbH sowie der Sicherstellung der Eigentümerinteressen an der neuen städtischen Fernwärmegesellschaft, insbesondere die Gewährleistung der Preisgarantie für die Endverbraucher sowie der Herstellung einer funktionsfähigen Zielstruktur der Gesellschaft.

Die Zuständigkeit für das Projekt Neuorganisation Kundenzentren in Hamburg ist zu 10/2021 von der Finanzbehörde auf die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke übergegangen. Im Rahmen des Projekts wurden bis dato eine flexible Terminsuche eingeführt, mit der Termine binnen zehn bis 14 Tagen gebucht werden können, die Öffnungszeiten der Kundenzentren wurden vereinheitlicht und verlängert, das Controlling wurde transparent, und es wurde in einem zentralen Kundenzentrum Samstagöffnungszeiten eingeführt. Nach dieser Phase der Stabilisierung des kundenfreundlichen Betriebs soll eine nachhaltige Organisationsanpassung dauerhaft das erreichte Servicelevel absichern, siehe hierzu Drs. 22/6161.

**Frage 14:** *Plant, prüft oder erwägt die Finanzbehörde (einschließlich zugehöriger Landesbetriebe) derzeit, weitere Projekte einzusetzen?*

*Wenn ja, in welchen Bereichen und aus welchen Gründen?*

**Antwort zu Frage 14:**

Die Finanzbehörde plant im Amt für Hamburgweite Dienste und Organisation eine befristete Projektstelle für die Entwicklung, Erprobung und Weiterentwicklung eines Leitfadens für nachhaltige Beschaffung sowie für die Einführung eines Nachhaltigkeits-Monitorings im Einkauf der FHH einzurichten. Es sollen praxistaugliche Grundlagen geschaffen werden für eine verstärkte und umfassende Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Beschaffungsvorgaben der FHH. Ziel ist, den Leitfaden für umweltgerechte Beschaffung zu einem Leitfaden für nachhaltige Beschaffung weiterzuentwickeln.

Projekt	bei	seit	wesentliche Ziele des Projekts	aktueller Projektstatus	Projektbudget in Mio. Euro	Finanzierung über bzw. aus		Personal- und Sachkosten 2022 in Tsd. Euro		
						EP 9.1	andere EP		WP	in VZÄ
100 Jahre Gänsemarkt	FB/LIG	02/20	Ertüchtigung des Dienstgebäudes Gänsemarkt 36 auf einen modernen technischen und räumlichen Bürogebäudestandard zur langfristigen Nutzung durch die Finanzbehörde	in Umsetzung	33,28	31,20	0	2,08	4,8	547
Modernisierung des IT-Verfahrens eVergabe	FB	01/21	Ablösung und Modernisierung des Fachverfahrens eVergabe	in Umsetzung	1,5	0,72	0,78	0	2,4	1.192
Projekt § 2b Umsatzsteuerge setz	FB	01/17	Vorbereitung der Kernverwaltung, Landesbetriebe und Sondervermögen auf die ab dem 1.1.2023 anzuwendende Neuregelung der Umsatzbesteuerung der FHH	verlängert	8,1	3,6	4,5	0	7,5	3.750
Transparenz und Nachhaltigkeit der Rechnungslegung auf europäischer Ebene	FB	10/14	Gewährleistung von Transparenz und Nachhaltigkeit der Rechnungslegung durch die Harmonisierung und Verbindlichkeit der hier anzuwendenden Grundsätze (EPSAS). Erzielung gemeinsamer Positionen in Bezug auf die EPSAS-Standards sowie die weitere finanzpolitische Kooperation mit anderen europäischen Metropoliten.	in Umsetzung	0,23 p.a.	0,23	0	0	2,5	0,23

Fortentwicklung des Beteiligungsmanagements	FB	02/19	Siehe Drs. 21/18106	verlängert	4,64	3,33	1,31	0	6	876
Glasfaser für Hamburg	FB	08/21	Identifizierung und Konzeptionierung einer flächendeckenden Glasfaserversorgung für Hamburg	in Umsetzung	6,1	0,56	5,54	0	1,2	61
Finanzserviceagentur	FB	08/21	Errichtung einer Finanzserviceagentur, die am 01.07.2023 operativ startet	in Umsetzung	1,39	0,19	1,20	0	3,85	751
Ideen.Werk. Stadt	FB	01/20	Umsetzung eines Ideenlabors für die FHH. Kern ist ein neuer Ideen- und Innovationsprozess, welcher neben technologischen Innovationen ins-besondere auch Prozess- und Dienstleistungsinnovationen fokussiert. Daneben sollen auch Angebote rund um den Themenkomplex New Work und Kulturwandel umgesetzt werden. Neben dem Angebot des Ideenlabors ist auch die Zusammenarbeit bzw. die Arbeitsform des Projektteams Projektgegenstand.	in Umsetzung	1,18	0,04	1,14	0	2,2	154
Neue Einkaufsorganisation	FB	11/20	Weitere Bündelung, Standardisierung und Professionalisierung der Aufbau- und Ablauforganisation des Einkaufs von Lieferungen und Leistungen	in Umsetzung	0,70	0,44	0,26	0	3,5	96,2

Immobilien Port.HH	FB	08/21	Aufbau eines zentralen Portfoliomanagements zur nachhaltigkeitsorientierten Steuerung des Immobilienmanagements der FHH, um eine effiziente Nutzung und Bewirtschaftung des gesamten Immobilienbe- standes der öffentlichen Gebäude der FHH zu gewährleisten.	in Umsetzung	0,96	0,96	0	0	2,675	321,5
Umsetzung der Grund- steuerreform in Hamburg	Steuer- ver- waltung	01/21	Rechtzeitige Erstellung und Bekanntgabe von Steuerbescheiden zur Umsetzung der Grundsteuerreform	in Umsetzung	0,97	0,87	0	0,10	3,3	324
IT-Entwicklung Grundsteuer- reform für vier Bundesländer	Steuer- ver- waltung	01/19	Anpassung und Entwicklung der Software für Bewertung und Grundsteuerfestsetzung nach neuem Recht für vier Bundesländer	in Umsetzung	2,1 (Anteil FHH)	2,1	0	0	2,3	350
Neuorgani- sation Forderungs- management Unterhaltsvor- schussgesetz (UVG)	Kasse. Hamburg	06/18	Verbesserung der Rückholquote gemäß UVG; Prüfung der Aufgaben- zentralisierung; Optimierung der Prozesse, Fachverfahren und Schnittstellen  siehe ergänzend Drs. 21/18106	verlängert	4,21	0	1,0	3,21	20	900
ERP 4.0 – Weiterentwick- lung der Digitalen Verwaltung und des Digitalen Haushalts	Kasse. Hamburg	01/19	Bürgerfreundliche Verwaltung i.S. der Drs. 21/4472 und Drs. 21/8842  siehe ergänzend Drs. 21/18106	in Umsetzung	58,70	0	54,30	4,40	22	12.200

Neues Geoinformationssystem	LIG	12/17	siehe Drs. 21/18106	verlängert	11,40	0	0	11,40	10	978	
Immobilien für die Öffentlichkeit / Unterbringung / Erstaufnahme	LIG	01/15	Siehe Drs. 21/18106	verlängert	0,85	0	0	0,85	2	233	
Zukunftsgerichtetes Datenmanagement	LIG	04/16	Siehe Drs. 21/18106	verlängert	12,61	0	0	12,61	7	804	
Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten im Hanse Office	LIG	02/20	Erforderliche Planung und Umsetzung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie zur künftigen Betreuung und Verwaltung der Immobilie einen neuen Verwalter vor Ort beauftragen	in Umsetzung	6,60	Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.				65 (Personalkosten)	
Immobilienentwicklung im Hamburger Westen	LIG	02/19	Siehe Drs. 21/18106								965
Entwicklungskonzept Speicherstadt	LIG	09/17	Kaimauersanierung; abgestimmte Neuordnung der Erschließung der Speicherstadt auf Grundlage des Entwicklungskonzepts Speicherstadt sowie einer neuen Bedarfsplanung; Ermittlung des Sanierungsbedarfs der Uferbefestigungen	in Umsetzung	232 bis 303	0	0	232 bis 303	5	576	
Grundstücksentwicklung großer Konversionsflächen	LIG	02/12	Siehe Drs. 21/18106								363

Aktive Stadt- entwicklung	LIG	01/21	Vorkaufsrechte und strategischer Ankauf von beauftragten Objekten, Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag	in Umsetzung	12,1	0	0	12,1	29	3,04
------------------------------	-----	-------	--	-----------------	------	---	---	------	----	------



Projekt	bei	geschaffene Planstellen	Wertigkeiten	aktuelle Besetzung	Anzahl an Stellen im lfd. Besetzungsverfahren
§ 2 Umsatzsteuergesetz	FB Kern	1	A 14 ORR 2.2	besetzt	0
Finanzserviceagentur	FB Kern	3	A 15 RD 2.2 A 14 ORR 2.2 A 9 RI 2.1	alle besetzt	0
Glasfaser für Hamburg	FB Kern	1	A 13 RR 2.2	besetzt	0
Portfoliomanagement im Immobilienmanagement der FHH	FB Kern	2	A 14 ORR 2.2 A 13 RR 2.2	alle besetzt	0
Aktive Stadtentwicklung	LIG	29	3x A14, 2x A13, 4x A12, 14x A11, 6x A10	22 Stellen sind besetzt 2 Stellen sind reserviert (A14, A10) 5 Stellen sind frei (A14, A13, A11, A10, A10)	3 (A14, A13, A11)

Projekt	ursprüngliche Projektlaufzeit	Zeitpunkt der Verlängerung	verlängert bis	Erhöhung des Budgets	Gründe für die Budgeterhöhung
Fortentwicklung des Beteiligungsmanagements	12/21	04/20	06/22	1.202.000 Euro	Budgeterhöhung für den Einkauf der Beteiligungsmanagement-Software, Budgeterhöhung für die Betriebskosten der Beteiligungsmanagement-Software, Budgeterhöhung zur Finanzierung einer Projektstelle zum Thema Nachhaltigkeit und Budgeterhöhung zur Finanzierung von Sachkosten zum Thema Nachhaltigkeit.
Projekt § 2b Umsatzsteuergesetz	12/21	06/20	06/23	4.500.000 Euro	Budgeterhöhung für die Beauftragung einer externen Beratungsgesellschaft zur Unterstützung der technischen Umsetzung in den Buchungssystemen der FHH.
Neuorganisation Forderungsmanagement Unterhaltsvorschussgesetz	12/20	10/20	12/22	Nein	Entfällt.
Neues Geoinformationssystem	12/21	12/21	12/23	5.300.000 Euro	Exploratives Projekt mit Festpreis - unvorhergesehener Mehraufwand, der auf Seiten des IT-Dienstleisters bei seiner Ursprungskalkulation unterschätzt wurde. Im Rahmen einer Vergleichsvereinbarung mit dem Ziel und Ergebnis die Projektziele zu erreichen. - Projektverlängerung (+ 2 Jahre) bis Ende 2023 und Auftragsverlängerung.

Immobilien für die Öffentlich-rechtliche Unterbringung / Zentrale Erstaufnahme	09/18	10/16 06/21	03/23	1.300.000 Euro	Die Erhöhung des Budgets ist in der geplanten Verlängerung des Projektes bis 31.12.2027 begründet.  Die Kapazitäts- und Reserveplannungen sind derzeit im Forecast bis Ende 2027 ausgelegt.  Projektverlängerung/Budgeterhöhung aufgrund von Aufgabenerweiterungen:  1. Dienstleistausschreibung 2. Rechte und Lasten (Ausbau der Schnittstellen mit anderen Fachbereichen) 3. Fiskuserbschaften (Steigende Fallzahlen) 4. Grundsteuer (Überprüfung der Bescheide) 5. Niederschlagwassergebühren (Datenaufbereitung)
Zukunftsgerichtetes Datenmanagement	03/20	03/18 02/20	12/23	6.200.000 Euro	
Grundstücksentwicklung großer Konversionsflächen	02/12	09/11 04/14 03/19	12/24	2.100.000 Euro	Budgeterhöhung für die Projektverlängerung bis 31.12.2027, dies im Hinblick auf Magistralentwicklung; die Budgeterhöhung resultiert aus den mit der Projektverlängerung einhergehenden Personalkosten

#### Gründe für die Projektverlängerungen

Der Auftraggeber bzw. die Lenkungsgruppe des jeweiligen Projekts hat die Verlängerung beschlossen, da ein oder mehrere vor Projektbeginn definierte Projektziele nicht bzw. nicht ausreichend erreicht werden konnten.

Hinsichtlich des Projektes § 2b Umsatzsteuergesetz wurde die gesetzliche Optionsfrist zur Anwendung des bisherigen Rechts um zwei Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert und in dem Zuge das Projekt § 2b UStG um eininhalb Jahre bis zum 30.06.2023.